



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 13. September 2019

Band 13, Ausgabe 12

Themen

- **Bundeshaushalt**
- **Handwerk**
- **Arbein**

«Die haben häufig noch nie eine echte Sau gesehen, höchstens ein Marzipanschweinchen.»

(Hubert Aiwanger, Chef der Freien Wähler und bayerischer Wirtschaftsminister über die Landwirtschaftspolitik und Forderungen der Grünen)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|--|---|
| Fraktionsvorstandsklausur | 2 |
| Meisterpflicht wiedereinführen | 2 |
| Mehr Geld für Sicherheit und Wohnen | 3 |
| Mehr Geld für Familien und Kinderbetreuung | 3 |
| In eigener Sache: Mitarbeiterwechsel | 3 |
| Aus meiner Rede zu Arbeit und Soziales | 4 |

Bundeshaushaltentwurf

Ausgaben in Höhe von 359,9 Milliarden Euro sieht der Entwurf für den Bundeshaushalt 2020 vor, den der Bundestag in dieser Woche in erster Lesung beraten hat. Wie stets seit 2014 sind auch für das kommende Jahr keine neuen Schulden geplant.

Angesichts von Ausgabenwünschen in den Bereichen Klimaschutz sowie Außen- und Verteidigungspolitik, angesichts dynamisch steigender Ausgaben für Renten ist die Aufstellung des Haushalts „nicht ganz trivial“. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund sich eintrübender Konjunkturaussichten.

In den kommenden Wochen werden wir prüfen, welche und inwieweit vorgesehene Ausgaben in den mehr als 6000 Einzeltiteln sinnvoll sind und helfen, unsere politischen Ziele umzusetzen.

Mit der weiterhin soliden Haushaltspolitik leistet die unionsgeführte Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote

Deutschlands spätestens im nächsten Jahr erstmals seit 2002 unter den Maastricht-Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen wird.

Auf Initiative der Union liegen die Schwerpunkte des Haushalts auch 2020 in den Bereichen Verteidigung, Bildung und Forschung, Verkehr, innere und äußere Sicherheit sowie Entwicklungszusammenarbeit.

Die Investitionen im Bundeshaushalt haben inzwischen einen Umfang von rund 40 Milliarden Euro erreicht – ein Rekordwert. Darüber hinaus unterstützt der Bund massiv die Länder und Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und entlastet sie finanziell. So beteiligt er sich beispielsweise mit mehreren Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung und an der baulichen Sanierung der Schulen, stellt Mittel zur Digitalisierung der Schulen („Digitalpakt“) sowie für den sozialen Wohnungsbau bereit. Er leistet

auch einen finanziellen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden.

Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlastet. Seit



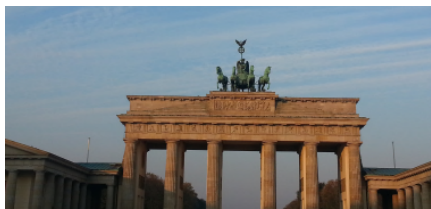
2015 wird die kalte Progression bei der Einkommenssteuer Jahr abgebaut. Das Kindergeld

ist zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat angehoben worden. Ab 2021 wird der Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Zahler vollständig abgebaut, für weitere 6,5 Prozent gesenkt. Wir werden uns weiterhin für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags einsetzen.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags beginnt am 25. September mit der Beratung der Einzelpläne. Ende Oktober wird die für den Bundeshaushalt 2020 maßgebliche Steuerschätzung vorliegen. Die sogenannte Bereinigungssitzung, in der die Mitglieder des Haushaltsausschusses den Bundeshaushalt 2020 festzurren, ist für den 14. November vorgesehen. Das Plenum wird den Etat in der Sitzungswoche vom 25. bis 29. November beschließen.

Fraktionsvorstandsklausur

Wir haben auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes klargestellt: Nachhaltigkeit und Klimaschutz gehen nur, wenn man die Menschen überzeugt. Mit der Verbotskeule werden wir die Menschen nicht für dieses Thema gewinnen. Die Union setzt auf Technologie, Innovation und Anreize für den Klimaschutz.



Und eins ist klar für uns: Es geht darum, die von uns selbst gesetzten Klimaziele zu erreichen, die Pariser Klimaziele sind unsere. Wir gehen Klimaschutz umfassend an. Unsere Klimaschutzpolitik ruht auf vier Säulen, in denen wir umfassend handeln wollen: 1. Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase reduzieren. 2. Klimafreundliche

Energie produzieren. 3. Folgen des Klimawandels bewältigen. 4. Internationalen Klimaschutz voranbringen. Zur Umsetzung der Maßnahmen wird es nicht nur auf den Bund, sondern auch auf Länder und Kommunen etwa beim Ausbau des ÖPNV ankommen. Sie müssen ihrer Verantwortung auch gerecht werden. Mit diesen Überzeugungen gehen wir in die heiße Phase vor dem Klimakabinett am 20. September.

Auf der Vorstandsklausur haben wir zudem beschlossen, kriminellen Clans das Handwerk zu legen. Mit zwölf konkreten Maßnahmen wollen wir die Möglichkeiten dafür verbessern. Vermögen sollen konfisziert, Kriminelle schneller abgeschoben und gerade auffälli-

ge Kinder und Jugendliche leichter per Gerichtsbeschluss aus problematischen Familien herausgeholt werden können.

Wir wollen die besten Köpfe für die Forschung an der Künstlichen Intelligenz in Deutschland halten und ihnen hier eine Chance bieten. Dafür haben wir eine gute Grundlage mit unserem Beschluss zur Förderung von KI-Professuren gelegt, damit die Bedingungen für sie bei uns verbessert werden. Zu Beginn dieses intensiven Herbstes steht für uns fest: Wir sind koalitionstreu. Aber wir verbiegen uns nicht. Unser Koalitionspartner ist ein willkommener Partner, wenn er weiter an der Sache und für unser Land arbeiten will. Für linke Spielchen oder andere Experimente in die falsche Richtung stehen wir aber nicht zu Verfügung.

Meisterpflicht wiedereinführen

Wir wollen bei zwölf Handwerksberufen die Meisterpflicht wieder einführen. Dabei legen wir klare, objektive und eindeutige Kriterien an. Wir achten darauf, dass wir die Vorgaben des deutschen Verfassungsrechts und des Europarechts einhalten.



Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert. Die Meisterpflicht trägt außerdem durch eine hochwertige berufliche Aus-

und Weiterbildung auch maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei. Unser Ziel ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung.

Entscheidend für die Einführung der Meisterpflicht ist, ob es sich um gefahrgeneigte Handwerke handelt, deren unsachgemäße Ausübung eine Gefahr für Leben und Gesundheit bedeutet. Außerdem sollen solche Handwerke berücksichtigt werden, die vom Kulturgüterschutz erfasst werden oder als

immaterielles Kulturgut anzusehen sind. Nach fünf Jahren wird eine Evaluierung der Neuregelung erfolgen.

Bestehende Betriebe, die derzeit nicht der Meisterpflicht unterliegen, dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten Bestandsschutz.

Das Bundesministerium für Wirtschaft soll zeitnah einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Nach dem Beschluss der Bundesregierung folgen die Beratungen im Bundesrat und Bundestag. Unser Ziel ist es, dass die Änderung der Handwerksordnung Anfang 2020 in Kraft tritt.

Mehr Geld für Sicherheit und Wohnen

Das BMI verfügt im Regierungsentwurf 2020 über einen Ausgaberahmen von 15,3 Mrd. Euro. Davon entfällt auf den Bereich innere Sicherheit mit 6 Mrd. Euro mehr als ein Drittel. Darin sind Mittel für eine weitere Tranche der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 zusätzlichen Stellen für Sicherheitsbehörden des Bundes enthalten.



Das Innenministerium wird zudem ermächtigt, im Haushaltsjahr 2020, über die bisherigen Sicherheitspakete hinaus 1.000 zusätzliche Anwärter bei der Bundespolizei einzustellen.

Im Baubereich steigt der Ansatz für das Wohngeld gegenüber

dem bisherigen Finanzplan allein im Jahr 2020 um 115 Mio. Euro auf 600 Mio. Euro.

Für das Baukindergeld sind im kommenden Jahr 861 Mio. Euro eingeplant.

Für Zuschüsse zu Investitionen im Rahmen des Programms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ sind im Jahr 2020 65 Mio. Euro eingeplant.

Mehr Geld für Familien und Kinderbetreuung

Die Bundesregierung will erneut ihre familienpolitischen Leistungen erhöhen und sieht 2020 insgesamt rund 11,8 Mrd. Euro hierfür vor.

Der größte Anteil des Aufwuchses gegenüber dem geltenden Finanzplan entfällt dabei auf das Elterngeld (+205 Mio. Euro). Für die Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kin-

dertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz) stellt der Bund den Ländern 2020 weitere 993 Mio. Euro über den Finanzausgleich zusätzlich zur Verfügung.

Außerdem ist für ein geplantes Sondervermögen „Ausbau ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für

Kinder im Grundschulalter“ Vorsorge getroffen. Hierfür



sind 2020 und 2021 jeweils Zuführungen in Höhe von 500 Mio. Euro aus dem Etat des Familien- und

des Bildungsministeriums vorgesehen.

In eigener Sache: Mitarbeiterwechsel

Liebe Freunde,

gefühlte bin ich erst vor kurzem wieder im Bundestag eingestiegen, und jetzt werde ich schweren Herzens mein Ei-Land wieder verlassen, für einen neuen Lebensabschnitt.

In den Jahren meines Auslandsaufenthaltes habe ich mich mehrmals beim Auswärtigen Amt beworben - leider ohne



Erfolg. Nun aber hat es endlich geklappt, und ich arbeite seit dem ersten. September als Fremdsprachenassistentin. So habe ich meinen tollen Chef und Arbeitskollegen verlassen müssen... für einen unbefristeten Arbeitsvertrag und die Aussicht, ab nächsten Sommer im Ausland an einer deutschen Botschaft arbeiten zu können.

Ich bedanke mich herzlich für

das gute Miteinander der letzten Jahre, und würde mich sehr freuen, wenn Sie mit meiner Nachfolgerin,

Esra Isbiliroglu,

weiterhin genauso vertrauensvoll zusammenarbeiten wie mit mir.

Herzliche Grüße sendet und Servus sagt Ihre

Manuela Lauckner



AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Wenn jemand ernsthaft verlangt, dass wir sofort Sprit- und Heizkosten drastisch erhöhen, Autos aus den Städten verbannen, große Autos am besten komplett verbieten, dann spüre ich vor allem eines: Arroganz und Verachtung gegenüber Lebensweisen, die sich von der eigenen unterscheiden.»

(Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) in «Die Welt» anlässlich der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt am Main.)

Aus meiner Rede zu Arbeit und Soziales

„Meine Damen und Herren, wieder größter Ausgabenposten des Bundeshaushalts ist der Bereich Rente. Man sieht: Die ältere Generation liegt uns am Herzen. Ein ganz wichtiger Satz, den man nicht oft genug wiederholen kann: Rente ist Lohn für Lebensleistung. Das sollten wir immer wieder deutlich machen.

Die dynamisch steigenden Ausgaben in Höhe von jetzt 109,56 Milliarden Euro, also knapp 110 Milliarden Euro, sind der Hauptgrund für den Aufwuchs des Einzelplans 11. Der Löwenanteil davon, 101,77 Milliarden Euro, fließt an die Rentenversicherung. Das sind 3,76 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. 7,7 Milliarden Euro sind vorgesehen für die Grundsicherung im Alter; das sind 600 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die Zukunftsperspektiven sind auch ohne zusätzliche Leistungen, wie eine Grundrente und Ähnliches, bereits jetzt sehr dynamisch.

In dieser Woche wurde viel über Zuwanderung, insbesondere von Flüchtlingen und Scheinflüchtlingen, und vor allem deren unerwünschte Folgen diskutiert. Weniger wurde jedoch über die Herausforderungen gesprochen, denen wir gegenüberstehen. Denn wenn wir überhaupt

etwas erreichen wollen, müssen wir die Zuwanderung von Fachkräften weiter erfolgreich vorantreiben. Nicht zuletzt auch deshalb nehmen wir für die Integration in den Arbeitsmarkt Millionen Euro in die Hand. ...

Interesse ist bei vielen Zuwanderern offensichtlich vorhanden; immerhin arbeiten rund ein Drittel der aus kriegs- und krisenähnlichen Gebieten stammenden Menschen. Das sind mehr, als uns vor Jahren noch prognostiziert wurde. Sie sehen: Das Modell zum In-Arbeit-Bringen ist erfolgreich. Sie sehen: Das Modell zum In-Arbeit-Bringen ist erfolgreich. Die Bundesagentur für Arbeit hat in den letzten Jahren mit Herrn Weise an der Spitze die richtige Richtung eingeschlagen und geeignete Maßnahmen eingeleitet, die jetzt mit der erfolgreichen Umsetzung und Weiterentwicklung unter Herrn Scheele deutliche Erfolge zeigen. ...

Langfristig mindestens genauso wichtig wie die Zuwanderung aus dem Ausland ist die Qualifikation der hiesigen Kinder und Jugendlichen. Dazu zählt in erster Linie und nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund das Erlernen der deutschen Sprache für deren sicheren Gebrauch. Bayerns Ministerpräsident Söder

hat Integrationsklassen eingerichtet, damit Kinder später dem Unterricht folgen und die Inhalte überhaupt verstehen können. Dort gibt es in einzelnen Städten auch attraktive Sprachangebote für Kleinkinder und deren Mütter von kommunaler Seite aus.

Leider gibt es andere Bundesländer, die es auch vier Jahre nach der großen Zuwanderungswelle nicht ge-

schafft haben, die entsprechenden Sprachfördermöglichkeiten einzurichten. Dies mag teilweise daran liegen, dass Kommunen mit hohem Migrationsanteil, wie etwa im Ruhrgebiet, finanziell aus dem letzten Loch pfeifen. Zentral ist jedoch, dass es genau diese Kinder sind, die in 10, 12, 15 Jahren in unseren Arbeitsmarkt eintreten und dann über Jahrzehnte hinweg Leistungen erbringen sollen.

Sicherlich sind diese Kinder mit Migrationshintergrund nicht alles Edelsteine oder Halbedelsteine. Aber es liegt im ureigenen Interesse und in der Verantwortung der Länder, diese Steine zu schleifen, das heißt, diesen jungen Menschen eine Lebensperspektive in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und ihnen Chancen für eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen.

